

# DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

134/2000

Kiel, 16. Oktober 2000

S p e r r f r i s t : Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

**Arens: Internationale Sommerakademie zum Thema „ Die Ostseeregion im neuen Europa“ wird kommen.**

Kiel (SHL) – *In seiner Rede „Der Beitrag der Parlamente zur Ostsee-zusammenarbeit: Rückschau und Ausblick“ anlässlich des 5-jährigen SCHIFF-Jubiläums am Dienstag, dem 17. Oktober 2000, 18:00 Uhr, erklärte Landtagspräsident Heinz-Werner Arens u. a.*

„Nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs schufen die Parlamentarier aller Ostseeanrainerstaaten 1991 auf finnische Initiative zunächst die Ostseeparlamentarierkonferenz, ein Diskussionsforum. Die Konferenz hat sich zum Ziel gesetzt, durch enge politische Zusammenarbeit zu Sicherheit und Stabilität im Ostseeraum beizutragen. Ihr hervorstechendes Merkmal ist, dass regionale und nationale Parlamente gleichberechtigt zusammenwirken. Das ist, soweit ich sehe, in ganz Europa und wohl auch darüber hinaus ohne Beispiel.

In dem Zeitraum von zehn Jahren hat sich auch die Zusammenarbeit der Parlamente spürbar verändert. Waren zu Beginn das Ins-Gespräch-Kommen, die Kontakte, das Sich-Kennenlernen, der persönliche Kontakt unter den Parlamentariern Ziel, Inhalt und Zweck, so stehen heute konkrete und zielgerichtete politische Aktivitäten im Mittelpunkt. Aus dem ursprünglichen Diskussionsforum ist mit Verabschiedung einer Geschäftsordnung im vergangenen Jahr eine Arbeitsplattform geworden. Dieser Wandel, dieses neue Selbstverständnis der Ostseeparlamentarierkonferenz, spiegelt sich auch in dem neuen Namen der Konferenz wieder. Sie

firmt seither unter dem Kürzel BSPC, Baltic Sea Parliamentary Conference.

Zwei zentrale Punkte der auf der Jahreskonferenz im September d. J. in Malmö verabschiedeten Resolution sind auf eine gemeinsame Initiative der norddeutschen Ostseeanrainer und des Deutschen Bundestages zurückzuführen. Hierbei handelt es sich um die Forderung nach einer Intensivierung des Jugendaustausches und der Einrichtung einer Ostseejugendstiftung. Als Orientierung, vielleicht sogar als Keimzelle dieser Stiftung kann möglicherweise das schon bestehende Ostseejugendsekretariat in Kiel dienen, auf das die Malmö-Resolution ausdrücklich Bezug nimmt.

Eingebettet in den Bereich von Bildung und Nachwuchs ist auch die Forderung nach einer Internationalen Sommerakademie zum Thema „Die Ostseeregion im neuen Europa“. Zu dieser Idee der Sommerakademie für junge Führungskräfte aus dem Ostseeraum hat das Schleswig-Holsteinische Institut für Friedenswissenschaften den Anstoß gegeben und der Konferenz eine entsprechende Ausarbeitung vorgelegt. Das sei, so der Vertreter des Nordischen Rates im Standing Committee, „eine fantastische Idee“. Ich habe in der Zwischenzeit ein Schreiben an die Ministerpräsidentin gerichtet und sie in zweifacher Hinsicht um Unterstützung gebeten:

Einerseits die Förderung des Projektes in Gestalt von Stipendien seitens der schleswig-holsteinischen Wirtschaft im Initiativkreis Ostsee zu erörtern und andererseits in einer konzertierten Aktion von Landtag und Landesregierung dem Bundesaußenminister als dem derzeitigen Vorsitzenden des Ostseerates vorzuschlagen, dass der Ostseerat die Schirmherrschaft für das Projekt übernimmt. Es ist unsere Absicht, dass hier - beginnend in Schleswig-Holstein - ein Ostseeprojekt vom Stapel laufen soll, das über Jahre angelegt und unabhängig vom jeweiligen Vorsitz im Ostseerat in den ganzen Ostseeraum hineinwirkt.

Die Ostseeparlamentarier sind sich einig, dass die Länder im Übergang ihre Gesellschaftssysteme aus eigenem Antrieb verändern müssen. Unzureichende Produktivität, erhöhte Unfallzahlen am Arbeitsplatz und im Straßenverkehr, eine vergleichsweise niedrige Lebenserwartung, ungesunde Lebensgewohnheiten und teilweise unzureichende Fürsorge für

Kinder signalisieren, dass ein verantwortungsvolles soziales Verhalten noch fehlt. Die Lösung dieser Probleme ist untrennbar mit dem **Aufbau einer Zivilgesellschaft** verbunden. Die Ostseeparlamentarierkonferenz in Malmö hat folgerichtig beschlossen, ihre nächste Jahreskonferenz in Greifswald unter dieses Leitthema zu stellen. Die Vorarbeiten hierzu laufen. Das von mir in Auftrag gegebene und vom SCHIFF im Juni d.J. vorgelegte Gutachten zur Zivilgesellschaft in Kaliningrad ist schon jetzt eine wichtige Orientierung. Es ist vor allem wissenschaftlich qualifiziertes Material, das auch im Rahmen der Malmö-Konferenz internationale Beachtung gefunden hat.

Die Nördliche Dimension, die sich im wesentlichen auf die Einbindung Kaliningrads in das Netzwerk der Ostseeezusammenarbeit konzentriert, ist das zentrale politische Thema. Mit der Erweiterung der EU nach Osten gewinnt ihre künftige gemeinsame Grenze mit der Russischen Föderation zunehmend an Bedeutung. Dem Kaliningrader Gebiet fällt dann aufgrund seiner geographischen Lage als russischer Exklave eine besondere Rolle zu – eine Rolle von politischer Bedeutung für die ganze Ostseeregion. Vor diesem Hintergrund sehe ich die gegenwärtig eher abwartende Haltung der russischen Zentralmacht gegenüber den regionalen Kooperationsmodellen mit Sorge.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz ist das einzige politische Gremium im europäischen Erweiterungsprozess und damit in der europäischen Integration, das Mitgliedstaaten der EU, Noch-nicht-Mitgliedstaaten und Nie-Mitgliedstaaten an einen Tisch bringt. Unter dem Aspekt Stabilität und Frieden im Zuge der osteuropäischen Erweiterung in Europa ist es gut zu wissen, dass wir ein Forum haben, in dem alle Repräsentanten der regionalen Ebene wie der nationalen Ebene an einem Tisch sitzen.

Die parlamentarische Dimension der Ostseekooperation ist notwendig: Wir müssen unsere Arbeit an unseren eigenen verfassungsrechtlichen Aufgaben und Forderungen messen. Wir laufen nicht von morgens bis abends mit dem Geldsack durch die Lande und verteilen Wohltaten über Gerechte und Ungerechte. Unsere Aufgabe ist es, Handlungsrahmen abzustecken, Legitimität für Regierungshandeln, für Impulse zu geben, Brücken zu schlagen, Kooperation aufzubauen und eine Moderatorenrolle

einzunehmen. Das ist unsere Aufgabe – nicht mehr, aber auch nicht weniger.“

Hinweis: Der vollständige Text der Rede ist im Presseticker ([www.ltsh.de/pressticker](http://www.ltsh.de/pressticker)) als separater Anhang zu dieser Pressemitteilung abrufbar.

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119  
V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, E-Mail: [Joachim.Koehler@ltsh.landsh.de](mailto:Joachim.Koehler@ltsh.landsh.de). Internet: <http://www.sh-landtag.de>